

1 Cent.

Chicago, Montag, den 6. Dezember 1897. — 5 Uhr-Ausgabe.

9. Jahrgang. — No. 288

Telegraphische Depeschen.

Inland.

McKinleys Politik.

Die Währungsfrage. — Vorschläge zur Güte. — Gegen Kamm nimmt die cubanische Frage ein. — Alles soll vorerst beim Alten bleiben. — Bonavins Anklagerung.

Washington, D. C., 6. Dez. Heute wurden beide Häuser des Kongresses eröffnet, und unter dem üblichen Zeremoniell wurde die Jahres-Botschaft des Präsidenten — die erste von McKinley — entgegen genommen und in beiden Häusern verlesen. Ihr Inhalt ist folgender:

Es gewährt mir Vergnügen, dem 55. Kongress, der in regerlicher Tagung im Sitz der Regierung versammelt ist, und welchem viele Senatoren und Abgeordnete angehören, mit denen ich im gesetzgeberischen Dienst zusammengearbeitet habe, meine Grüße zu übermitteln. Ihr Zusammenritt erfolgt unter günstigen Umständen, welche zu richtigen Gratulationen berechtigen und zum Dank für eine weise Vorkehrung auffordern, die uns als Nation so aufstrebend segnet hat. Friede und gutes Einvernehmen mit allen Nationen der Erde bestehen ununterbrochen. Wirkliche Befriedigung gewährt auch das wachsende Gefühl brüderlicher Einigkeit aller Teile unseres Landes. Der Geist der Vaterlandsliebe ist ein allgemeiner geworden. Die öffentlichen Fragen, welche uns jetzt am meisten beschäftigen, werden hoch über Parteilichkeit, Vorurteil oder früherer Landes- theile Streitigkeiten erhoben; nicht mehr dürfen die alten Trennungslinien gelten.

Fragen der auswärtigen Politik, gesunder Selbstbehauptung, Unterwerfung nationaler Verpflichtungen, Verbesserung des öffentlichen Dienstes, appellen an das persönliche Gewissen jedes ernst denkenden Bürgers, zu welcher Partei er auch gehören, in welchem Landestheil er auch wohnen mag. Die Extra-Tagung des Kongresses, welche letzten Juli zu Ende ging, hat wichtige Gefährdungen geleistet, und während die volle Wirkung derselben noch nicht gefühlt worden ist, gibt uns das bereits vorliegende Ergebnis Gewissheit ihrer Zweckmäßigkeit und Weisheit. Ihren dauernden Werth wird die Zeit erproben müssen. Nachdem die Zoll-Gesetzgebung ihre Erledigung gefunden hat, ist die nächste bringende Frage die Währungsfrage.

Die Aufgabe, unsere Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, schwierig, wie sie zu sein scheint, wird leichter erscheinen, wenn wir uns die Finanzfähigkeit der Regierung seit 1866 in's Gedächtnis rufen.

Am 30. Juni dieses Jahres hatten wir ausstehende Verbindlichkeiten in der Summe von \$728,893,447. Am 1. Januar 1877 waren diese auf \$443,889,496 herabgebracht. Bezüglich unserer zinsentragenden Verbindlichkeiten sind die Zahlen noch aufschreckender. Am 1. Juli 1886 betrug die Kapitalsumme derselben \$2,332,331,208; am 1. Juli 1893 aber war diese Summe auf \$585,037,100 ermäßigt. Die zinsentragende Schuld der Ver. Staaten belief sich am 1. Dezember 1897 auf \$847,365,620.

Bei den großen Hilfsquellen unserer Regierung und dem uns vorliegenden ehrenvollen Beispiel der Vergangenheit sollten wir nicht zögern, eine Rourantgeld-Reform vorzunehmen, welche unsere Verpflichtungen weniger drückend machen und unsere Finanzlage von Zweifelsgeheimnissen befreien wird.

Der kurze Ueberblick über das Geleistete dem Schluss des Bürgerkrieges bis zum Jahre 1893 macht jedes Mißtrauen in unsere finanzielle Leistungsfähigkeit und Geduld nicht unvernünftig, während die Sachlage von 1893 bis 1897 an die unmittelbare Notwendigkeit von Gesetzgebung mahnen muß, welche die Wiederkehr der früheren Verhältnisse unmöglich macht.

Viele Heilmittel werden vorgeschlagen. Ebe wir das wahre Heilmittel finden können, müssen wir das wahre Uebel klären. Nicht als ob unser jetziges Rourantgeld jeder Art nicht gut wäre; jeder Dollar ist gut; er ist es, weil hinter ihm die Verpflichtung der Regierung steht, ihn gut zu erhalten, und dieses Versprechen nicht gebrochen werden wird. Das Uebel des jetzigen Systems liegt in den größeren Kosten der Aufrechterhaltung der Gleichwertigkeit unserer verschiedenen Geldarten, d. h. der Aufrechterhaltung der Parität mit Gold.

Es ist offenbar, daß wir einen Plan entwerfen müssen, die Regierung gegen Schuldscheine-Ausgabe für wiederholte Einlösungen zu schützen. Wir müssen entweder die Gelegenheit für Spekulation einschränken, welche durch die vervielfachte Einlösung unserer Zahlungsversprechungen leicht gemacht ist, oder, die Gold-Reserve erhöhen. Wir haben \$900,000,000 Rourantgeld, welche die Regierung durch festlichen Erlaß im Gleichgewicht zu erhalten übernommen hat. Niemand ist verpflichtet, in Gold einzulösen, ausgenommen die Regierung. Von den Banken fordert man nicht, daß sie in Gold einlösen. Die Regierung ist genötigt, ihr ganzes ausstehendes Rourantgeld auf gleicher Stufe mit Gold zu erhalten, während nicht gefordert wird, daß ihre Einnahmen in Gold gezahlt werden.

Diese werden in jeder anderen Art von Geld, außer Gold, gezahlt, und das einzige Mittel für die Regierung, Gold zu erhalten, besteht im Vorgehen.

Dies ist besonders der Fall in Zeiten von Geschäft-Panik, wie während der Amtsverwaltung meines Vorgängers, als die Erträge von \$262,315,400 Schuldscheine dafür ausgegeben wurden, um die Verpflichtungen der Regierung über die Einkünfte hinaus zu decken und die Gold-Reserve aufrecht zu erhalten. Kämen die Einnahmen unseren Ausgaben gleich, so wäre kein Unterschied vorhanden, welcher die Ausgabe von Schuldscheinen erfordert. Wenn aber die Gold-Reserve unter 100 Millionen Dollars sinkt, wie soll sie wieder ergänzt werden, außer durch Verkauf von noch mehr Schuldscheinen? Gibt es irgend einen anderen ausfuhrbaren Weg unter dem bestehenden Gesetz?

Wenn eine weitere Gesetzgebung erfolgt, so sollte der Kongress den Schatzamt-Sekretär Ermächtigung verleihen, Schuldscheine mit niedrigem Zinsfuß zu verkaufen, als derjenige, zu dem er jetzt ermächtigt ist.

Ich empfehle ernstlich, sobald die Einkünfte der Regierung genügend sind, die Ausgaben zu decken, daß, wenn irgendwelche Noten der Ver. Staaten in Gold eingelöst werden, solche Noten beiseite gehalten und nur für Gold wieder ausbezahlt werden. Dies ist eine augenfällige Pflicht. Wenn sie auf irgendwelche andere Weise wieder herausgegeben werden, so können sie wieder zurückkehren, und es wird schließlich eine weitere Ausgabe von Schuldscheinen zu ihrer Einlösung in Gold erfolgen müssen, — also eine neue zinsentragende Schuld zur Einlösung einer nicht-zinsentragenden Schuld.

Wenn wir einer Ära des Wohlstandes entgegengehen, fühlen wir keine Verlegenheit von unserem jetzigen Rourantgeld; aber die Gefahr besteht noch weiter und wird uns stets bedrohen, so lange das jetzige System fort-dauert.

Ich stimme mit dem Schatzamt-Sekretär dahin überein, daß Nationalbanknoten auf Beträge von \$10 und darüber zu beschränken. Wenn die Vorschläge, die ich gemacht habe, die Billigung des Kongresses haben werde, so möchte ich empfehlen, daß von Nationalbanken gefordert wird, ihre Noten in Gold einzulösen.

Die cubanische Frage. Betreffs der auswärtigen Beziehungen liegt die wichtigste Aufgabe, mit welcher unsere Regierung jetzt zu thun hat, in ihrer Pflicht gegenüber Spanien und dem cubanischen Volk.

Aufgaben und Zustände, die mehr oder weniger den jetzigen in dieser Beziehung entsprechen, sind schon verschiedne Male in der Vergangenheit vor der Regierung getreten. Die Geschichte Cubas ist seit vielen Jahren eine Geschichte von Unruhe, wachsender Unzufriedenheit, einem Streben nach dem Genuß größerer Freiheit und Selbstkontrolle, einem organisierten Widerstand gegen das Mutterland, einem Darniederliegen nach Krieg und Sölden, und einer Schlichtung, auf welche immer wieder Empörung folgt.

Während seiner Periode seit der Vorkriegszeit der selbständigen Bestimmung von Spanien auf dem westlichen Kontinent sind die Ver. Staaten theilnehmend gegenüber der Lage Cubas oder der Politik Spaniens betreffs Cubas gewesen.

Die von Zeit zu Zeit aufgetauchte Aussicht, daß die Schwäche von Spaniens Haltung an dieser Insel und die politischen Bedürfnisse und Verlegenheiten der einheimischen Regierung zu einer Uebertragung Cubas an eine internationale Macht führen könnten, rief zwischen 1823 und 1860 verschiedene nachdrückliche Erklärungen der Politik der Ver. Staaten hervor, keine Stärkung von Cubas Verbindung mit Spanien zu gestatten, außer in der Richtung von Unabhängigkeit oder Erwerbung der Insel durch uns im Kaufwege; auch hat seitdem keine Veränderung dieser erklärten Politik seitens unserer Regierung stattgefunden.

Die Revolution, welche 1868 begann, dauerte zehn Jahre, trotz der angestrengten Bemühungen aufeinanderfolgender spanischer Regierungen, sie zu unterdrücken. Damals, wie jetzt, bezog sich die Ver. Staaten ihre tiefste Theilnahme und boten ihren Beistand an, um dem Völkergewissen auf Cuba ein Ende zu machen. Die Anerbietungen von General Grant wurden jedoch zurückgewiesen, und der Krieg schleppte sich hin, unter großem Verlust von Leben und Eigentum und erhöhter Schädigung amerikanischer Interessen, sowie Erhöhung der Neutralitäts-Lasten für unsere Regierung. Der jetzige Zustand drückte im Februar 1895 aus. Der Zustand und die Bemühungen, ihn zu unterdrücken, trugen Verwundung nach allen Theilen

der Insel und nahmen weitesthe Proportionen an. Von den Spaniern ist weniger, als von den Cubanern ist das zivilisierte Kriegesrecht mißachtet worden.

Die jetzigen Verhältnisse können unsere Regierung und das amerikanische Volk nur mit der schwersten Besorgnis erfüllen. Es besteht kein Wunsch, von Spaniens Mißgeschick Vortheil zu ziehen. Wir haben nur den Wunsch, die Cubaner in geistlichem Zustand und zufrieden zu sehen, im Genuß jenes Maßes von Selbstverwaltung, welche das unveränderliche Menschenrecht ist, geschützt in ihren Rechten, die Wohlthat der unerschöpflichen Hilfsquellen ihres Landes zu genießen.

Das Vermittlungs-Angebot, welches im April 1896 von meinem Vorgänger gemacht wurde, ist jetzt fest. Jede angebotene Vermittlung auf unserer Seite wurde abgelehnt. Jede Annahme lautete, zurückgezogen; es gibt kein wirksames Mittel, Cuba zu beruhigen, außer wenn es mit der thatsächlichen Unterwerfung der Rebellen unter das Mutterland beginnt.

Am 16. Februar 1896 wurde mit der grauenhaften Konzentration-Politik begonnen. Die produktiven Bezirke, welche von spanischen Armeen beherrscht wurden, wurden entvölkert, die ländlichen Bewohner wurden in und um Garnisonsstädten zusammengepfercht, ihre Ländereien wüste gelegt, und ihre Wohnungen zerstört. Diese Politik wurde vom früheren spanischen Kabinett als nothwendige Kriegsmaßnahme gerechtfertigt. Sie ist als solche völlig fehlerhaft. Sie war keine zivilisierte Kriegsführung; sie war Verwüsthung.

Bei verschiedenen Anlässen habe ich mich veranlaßt gesehen, gegen den Mißbrauch der Kriegsmacht den ernstlichen Protest unserer Regierung zu erheben. Ich fühle es als meine erste Pflicht, augenblicklich die freilassende insatistirende amerikanische Bürger zu verlangen, deren Behandlung viele Verurtheilung beim Publikum fand.

Die Instruktionen, welche unsern neuen Gefandten bei der spanischen Regierung in dem Abgang nach seinem Posten gegeben wurden, weisen ihn an, jener Regierung den aufrichtigen Wunsch der Ver. Staaten an's Herz zu legen, daß sie mit uns zusammenwirke zur Beendigung des Krieges in Cuba durch Erzielung eines friedlichen und dauernden Resultates. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß wir als eine Nachbar-Nation nicht unbestimmte Zeit auf die Erreichung dieses Ergebnisses warten könnten.

Ehe General Woodford in Spanien eintraf, fiel der Staatsmann, welcher die Politik seines Landes gestaltet hatte, durch Mißverstand, und obwohl sein Kabinett von unserm Gefandten die Vorschläge erhielt, machte es binnen wenigen Tagen einer neuen Administration unter der Leitung Sagasias Platz.

Die Antwort auf unsere Note traf am 22. Oktober ein. Sie deutet auf ein besseres Einverständnis und gibt zu, daß die Friedenswünsche unseres Landes gerecht seien. Sie verspricht politische Reformen, wie sie der jetzige Premierminister schon früher bekräftigt hatte, und kündigt vorläufige Fortdauer der militärischen Operationen, aber nach humanen Grundsätzen, an. Sie ersucht die Ver. Staaten, Spanien in beiden Beziehungen freizulassen und den Bestand abzuschnitten, welchen die Insurgenten, wie behauptet wird, von unserm Lande erhalten. Sie versichert, daß unter solchen Bedingungen in absehbarer Zeit eine vollständige Beruhigung der Insel zu erwarten sei.

Die angebotene Selbstverwaltung, daß die Ver. Staaten ihre internationalen Verpflichtungen in dieser Beziehung nicht erfüllt hätten, ist unangebunden und hätte nicht erhoben werden können, wenn Spanien Kenntnis gehabt hätte von den beständigen Bemühungen unserer Regierung — mit Auslage von Millionen — ihrer vollen fähigkeit zu genügen. Auch hat sie erfolgreich den Abgang einer militärischen Expedition oder nur eines einzigen bewaffneten Fußregiments verhindert. Gebührende Antwort auf diese Selbstverwaltung ist übrigens auf diplomatische Weise erfolgt.

Unversuchte Maßnahmen sind noch: Anerkennung der Insurgenten als kriegsführende Macht; Anerkennung der Unabhängigkeit Cubas; neutrales Einschreiten zur Beendigung des Krieges durch einen Ausgleich; und Einschreiten zugunsten einer der beiden Parteien. Von gewaltsamer Annexion spreche ich nicht; als solche dürfen wir nicht denken; sie wäre nach unserm Moral-Kodex verwerflicher Angriff.

Anerkennung der cubanischen Insurgenten ist oft beschränkt worden. Ich übersehe auch nicht die diesbezüglichen Resolutionen des Kongresses. Aber eine solche kann nur verlangt werden, wenn die cubanischen Insurgenten unfähig die Attribute eines Staatswesens besitzen. Die weissen Verweigerungen von General Grant in dieser Beziehung, in seiner demütiglichen Botschaft vom 7. Dezember 1876, passen auch auf die heutige Lage.

Grant sagte: „Da eine Anerkennung der Unabhängigkeit Cubas nach meiner Meinung unausführbar und nicht zu rechtfertigen ist, so bietet sich weiterhin die Frage einer Anerkennung der Parteien als kriegsführende Macht.“ Eine solche Anerkennung legt Schwierigkeiten und verwickelte Pflichten auf. Sie verleiht das Recht einer Durchscheidung auf hoher See; sie würde die Beförderung von Waffen und Munition in Fahrzeugen der Ver. Staaten einer Festhaltung und eventueller Beschlagnahme aussetzen; sie würde zahllose peinliche Fragen hervorgerufen; sie würde die Mutterregierung aller Verantwortung für die Handlungen der Insurgenten ertheilen; sie würde Spanien ermuntern, eine Ausflucht über unseren Handel auf hoher See zu üben.

Von der praktischen Seite betrachtet, bieten sich noch andere Erwägungen. Nach dem Völkerecht gibt es keine nachteilige Anerkennung als kriegsführende Macht, ohne daß eine solche Anerkennung von einer Uebernahme internationaler Neutralität begleitet ist. Solche Anerkennung wird außerdem keiner der beiden Parteien eine Stellung verleihen, die sie nicht bereits besitzen. Die Spanier mit ihrer Flotte und ihrer Kontrolle über die Küste Cubas könnten einen Gebrauch davon machen, welchem die Cubaner innerhalb ihrer jetzigen Domäne nichts gegenüberstellen könnten. Den Ver. Staaten könnte eine solche Anerkennung keine Jurisdiktion in diesem Streit und keinerlei Rechte zum Einschreiten verleihen.

Ich halte daher einen solchen Schritt für unklug und unangenehm. Sollte späterhin ein solcher Schritt für klug erachtet werden, als eine Maßnahme des Rechts und der Pflicht, so wird die Exekutive sie thun. Ein Einschreiten auf Menschlichkeit's Gründe hin ist schon häufig angeregt worden, sollte aber vorerst nicht erfolgen, da eine neue Regierung im Mutterlande an's Ruder gekommen, und eine hoffnungsvolle Veränderung in der Politik Spaniens gegenüber Cuba eingetreten ist. Defreie zur Einführung der versprochenen Reformen bereit erlassen worden; ein Selbstverwaltungs-Plan ist proklamiert. Der Regierung Segenfalls sollten nicht durch Ungebuld Verlegenheiten in der Erfüllung der Aufgaben bereit werden, die sie sich vorgenommen hat. Sie hat in den wenigen Wochen ihrer Griffling-Ausrichtung gezeigt, und wir sind es Spanien schuldig, ihm eine vernünftige Zeit zur Erfüllung der Erwartungen zu geben.

Kein einziger amerikanischer Bürger ist mehr auf Cuba in Haft, soweit die Regierung weiß. Die nahe Zukunft wird zeigen, ob die Erzielung eines gegen alle beteiligten Interessen gerechten Friedens wahrscheinlich ist. Wenn nicht, so werden andere Befehle seitens der Ver. Staaten zu fassen bleiben, und dieselben werden ohne Zögern und Zagen nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und im Lichte der Verpflichtungen unserer Regierung gegen sich selbst und ihr Volk getroffen werden. Vorerst wird die Regierung auch weiterhin ihre nachfolgende Haltung fortsetzen und in ihren Bemühungen, einen ehrenvollen Frieden herbeizuführen, nicht nachlassen. Sollte später ein gewaltsames Einschreiten auf klaren Pflicht werden, so wird die Regierung auch diese Pflicht erfüllen und die Zustimmung der zivilisierten Welt erlangen können.

Hawaii's Annexion empfahlen. Durch Extra-Botschaft vom letzten Juni legte ich dem Senat einen Vertrag behufs Einverleibung der Hawaii-Inseln dar. Die Logik der Ereignisse forderte, daß diese Angliederung zu Stande kommen als das natürliche Ergebnis der erstarrten Bande, welche uns an diese Inseln binden, und daß sie durch den freien Willen des hawaiiischen Staates vermittelte werde.

Wird der Annexions-Vertrag bekräftigt, wie jede Rückficht auf Würde und Ehre erfordert, so wird die Weisheit des Kongresses dafür sorgen, daß auf die geographischen Verhältnisse jenes Landes und den Zustand seiner Bevölkerung, Elemente, von denen manche vielleicht kaum fähig sind, die höchsten Bürgerrechte auszuüben, Rücksicht genommen, und für Selbstverwaltung in örtlichen Angelegenheiten gesorgt werde. Nicht weniger wird wir einem Volke schuldig, das zu uns kommt, nachdem es beinahe fünf Jahre hindurch seine Fähigkeit zu einer Selbstregierung bewiesen hat.

Die Fragen, welche zwischen Hawaii und Japan wegen der Behandlung japanischer Arbeiter entstanden sind, die nach diesen Inseln auszuwandern, sind im Begriff, durch Unterhandlungen befriedigend gelöst zu werden. Unsere Regierung hat kein Einschreiten in dieser Sache gesucht, außer daß sie ihre freundliche Neigung nach einer baldigen Schlichtung hin aussprach. Die Mischmission.

Dem Kongress-Erlaß entsprechend, der am 3. März 1897 gutgeheißen wurde, behufs Förderung eines internationalen Abkommens betreffs Doppelverehrung, habe ich Abth. Edward D. Wolcott, Abth. W. C. Stevenson und Abth. Charles J. Payne als Abgeordnete der Ver. Staaten ernannt.

Sie waren eifrig bemüht, eine Mitwirkung europäischer Länder behufs internationaler Schlichtung dieser Frage zu erzielen, konnten aber bis jetzt kein solches Uebereinkommen sichern. Ihren eifrigsten Bericht haben sie noch nicht erhalten, weitere Verhandlungen sind beabsichtigt, und es ist ernstlich zu hoffen, daß ihre Arbeiten in einem internationalen Uebereinkommen zur all-

seits gerechten Anerkennung von Gold und Silber als Geld gipfeln werden.

Aut. Zollgesetz habe ich Abth. John A. Kaffon als Spezialkommissär ernannt, um mit auswärtigen Regierungen behufs Herbeiführung von Handels-Gegenständigkeitsverträgen zu verhandeln. Mit mehreren Regierungen sind jetzt Unterhandlungen im Gange.

Sehr wünschenswert ist das Bestreben, unseren auswärtigen Handel auszudehnen. Zu diesem Zwecke sollte unsere Handelsmarine vergrößert und vergrößert werden.

Die Bemühungen, besseren Schutz für die Nothen in der Behrungssee zu erzielen, sind ernstlich verfolgt worden. Japan und Rußland sandten Delegationen zu der diesbezüglichen Verhandlung nach Washington. Großbritannien sandte später ebenfalls Delegationen. Man einigte sich bezüglich wichtiger Thatsachen, über die bisher Streit geherrscht hatte. Verhandlungen über Schutz-Maßnahmen sind jetzt im Gange.

Die Vergrößerung unserer Flotte sollte jetzt eine Zeitlang die Gestalt vergrößerter Jagdflotten annehmen, welche der Vermehrung unserer Schiffe entsprechen (Vermehrung der Docks, Erhöhung der Zahl der Zahl der Offiziere und Mannschaften, und entsprechend mehr Munition u. s. w.)

Der große Zustrom von Bevölkerung nach Alaska gestaltet uns nicht, die Einrichtung einer grünländischen Regierung daselbst zu verzögern. Ich empfehle bringend dem Kongress ein sprechendes System, wie auch Hilfsmaßnahmen für Nothleidende, wenn die betreffenden Berichte sich bewahrheiten sollten.

Ich empfehle, daß der Kongress eine Kommission durch den Präsidenten ernennen lasse, um eine bakteriologische Untersuchung des Gelbfiebers anzustellen.

Der Verkauf der Union Pacificbahn wird der Regierung über alle Kosten u. s. w. hinaus noch 2 1/2 Millionen Dollars bringen, und sie wird, vorausgesetzt, daß nicht noch bessere Theil-Angebote gemacht werden, nahezu 13 Millionen auf ihren Anspruch erhalten.

Der Zivildienst hat weitere Festlegungen erfahren.

Die Kongressmitglieder mögen es nicht leicht finden, die Kosten der Regierung zu vermindern, aber sie sollten nicht zu einer Erhöhung ermuthigen. Meiner Meinung nach ist eine Einschränkung in vielen Verwaltungs-Zweigen ohne Schaden zulässig. Es ist eine gebieterische Pflicht, die Vermittlungen im Rahmen der Einnahmen zu erhalten und so einen Unterschied zu vermeiden.

(Gz.) William McKinley.

Dampfernachrichten.

Angesommen. New York: Gera von Bremen; Tauric von Liverpool. (Weitere Dampferberichte auf der Innenseite.)

Ausland.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Dez. Der national-liberale Abgeordnete Baßermann von Hamburg brachte im Reichstag eine Interpellation an die Regierung ein, hinsichtlich der Frage, wie sie das Petroleum-Monopol der amerikanischen „Standard Oil Co.“ wirklich zu beschaffen gedenke.

Diese Interpellation findet in weiteren Kreisen Anhang. Der Vatikan und Martin Luther. Rom, 6. Dez. Großes Aufsehen macht eine Erklärung im amtlichen Vatikan-Organ „Osservatore Romano“, worin auf Entschädigung für einen Artikel geblieben wird, der einen Angriff auf Martin Luther enthielt. Dieser Artikel war zuerst im Wiener „Baterland“ erschienen.

In Deutschland hatte der Artikel so großes Aufsehen gemacht, daß die deutsche Regierung diplomatischen Protest beim Vatikan erhob. Dadurch wurde jenes Blatt zur Mollität gezwungen.

Nach mehr Ausföhrungen.

Die österreichischen Witten.

Wien, 6. Dez. Während in Prag jetzt Ruhe herrscht, dauern anderwärts in Böhmen die Gewaltthatigkeiten fort oder haben sogar neu begonnen! Das gilt in Dugenden von Ortschaften.

Man erwartet die Abfertigung des Statthalters für Böhmen, Grafen Gaudenbo, wegen seiner zögernden Haltung gegenüber den Unruhen. (Weitere Depeschen und telegraphische Notizen auf der Innenseite.)

Das Wetter.

Vom Wetterbericht auf dem Auditoriumthum wird für die nächsten 24 Stunden folgende Wetter für Chicago und die angrenzenden Staaten in Aussicht gestellt. Chicago und Umgebung: Theilweise bewölkt heute Abend und morgen; Regen; Temperatur: heute 40 bis 45 Grad; morgen 40 bis 45 Grad; Wind: heute Südwest, morgen Südwest. Chicago und Umgebung: Theilweise bewölkt heute Abend und morgen; Regen; Temperatur: heute 40 bis 45 Grad; morgen 40 bis 45 Grad; Wind: heute Südwest, morgen Südwest.

Localbericht.

Aus dem Rathhause.

Ein planbarer Plan der Demokraten. Mayor Harrison und der Schulrath.

Die Demokraten der Stadt haben einen Plan entworfen, der, wenn zur Ausführung gebracht, eine Anzahl von republikanischen Ward-Politikern geradezu entthronen wird. Es besteht nämlich die Absicht, dem Stadtrath heute Abend eine municipale „Reapportionment“-Ordinanz zu unterbreiten, die eine völlige Neueinteilung der Stadtraths-Wahlbezirke, natürlich zu Gunsten der Demokraten, vornimmt. Auf diese Weise hofft man auch mit den Republikanern in Springfield quitt zu werden, die bekanntlich eine Neueinteilung der Senatswahlbezirke im ganzen Staat beabsichtigen. Die Einzelheiten des schlaue erdachten Planes sind noch nicht bekannt geworden, doch heißt es, daß sich beispielsweise solche bekannte republikanische Parteilepper, wie Martin B. Madden und Dr. Jamieson nach Durchführung des lokalen „Gerrymanders“ in Wahlbezirken wiederfinden werden, in denen die demokratische Mehrheit nicht abgeschnitten ist und absolut nicht abgeschnitten werden kann. Alderman Joseph Bidwell, von der 9. Ward, und Kongressmann Vorner, von der 10. Ward, würden dann ebenfalls lahmgelegt werden, während das bekannte „Herrville“, das bisher unbeschnittene Territorium des Stadtschulmeisters, völlig aus der 14. Ward ausgeschieden werden soll. Herr Herz würde sich dann in der 17. Ward wiederfinden, woselbst Alderman Brennan über die demokratischen Kohorten die Parteipolitik schwingt. Kurzum, die Stadt Chicago würde durch diese Neueinteilung der Stadtraths-Wahlbezirke in eine demokratische Wüste umgewandelt werden, die für die nächsten Jahre meisteinstens, von den Gegnern unmöglich eingenommen werden kann. Uebrigens steht der ganze Plan völlig im Einklang mit dem städtischen Code und kann deshalb daraufhin auch nicht angefochten werden.

Mayor Harrison befaßt sich augenblicklich einmal wieder stark mit dem städtischen Schulrath, dessen Geschäfts- und Lehrmethoden seiner Ansicht nach einer gründlichen Reform bedürfen. Der Bürgermeister hatte gehofft, daß das auf Antrag von Alderman Vorner seiner Zeit ernannte städtische Untersuchungs-Komitee Gutes zeitigen würde, sieht sich hierin aber bitter enttäuscht und er wird nun die ganze Angelegenheit auf eine andere Art und Weise anzupacken versuchen. Zu diesem Zwecke wird der Mayor heute Abend den Gemeinderath um Erlaubnis anfragen, einen neuen Sonderausschuß ernennen zu dürfen, der aus Mitgliedern des Schulraths, einigen prominenten Lehrkräften der Stadt, etlichen Aldermen und einem oder zwei hervorragenden Geschäftsleuten bestehen soll. Dieser Ausschuss soll keineswegs ein Untersuchungs-Komitee sein, sondern vielmehr praktische Vorschläge zur Hebung des gesamten öffentlichen Schulsystems machen, wozu Lehrer, wie Dr. Harper sich Herrn Harrison gegenüber ausdrückte, mancher einschneidenden Verbesserungen dringend bedürfte, vor allem in Bezug auf die Spezialfächer.

Komptroller Waller hat heute nach zweimonatlicher Abwesenheit seine Amtspflichten wieder aufgenommen.

Arbeiter-Angelegenheiten.

Geschäftsfigung der Federation of Labor.

In ihrer gestrigen Geschäftsfigung hat die Chicago Federation of Labor ihren Beschluß, keine eigenen Delegaten zum Nationalconvent der A. F. of L. nach Nashville zu entsenden, in Wiederer-mäßigung gezogen. Der Kaufmann Brennaud wurde einstimmig zum Delegaten gewählt.

Es wurde berichtet, daß sich im Town of Kate ein Verband von Schlachthaus-Angestellten organisiert habe, der bereits 1500 Mitglieder zähle. Die neue Union werde demnächst am Aufnahme in die Federation nachzugehen.

Die Delegaten der Schiffseger be-ratheten, der Präsident ihres National-Verbandes werde auf der Konvention in Nashville beantragen, daß die American Federation of Labor zu Gunsten der Errichtung von Postpartallen Stellung nehmen solle.

Ein Mitglied der Bicycle Material-Union theilte mit, daß in den Feat-horion-Fabrikabwerken 140 Heiler entlassen worden seien, weil sie eine 40prozentige Lohnreduktion nicht gefallen lassen wollten.

Eine Aufschrift der Postoner „Viga zur Beschränkung der Einwanderung“ wurde ohne Debatte einem Ausschuss überwiefen. Ebenso eine Aufschrift der „Buffing League“, welche die Bildung eines neuen Bundes-Ministeriums anstrebt, das sich mit „Arbeit und Handel“ befaßt soll.

Auf der Fahrt von Milwaukee nach Chicago ist gestern Abend der Frachtdampfer „George W. Morley“ Evanson gegenüber verbrannt. Die Mannschaft hat sich in Booken gerettet.

Der Leichenraub von Dunning.

Einer der Schuldigen in Haft.

In der Person des Alderbürgers John Ueders von Jefferson hat die Polizei nunmehr einen von den Theilnehmern an dem vor einigen Wochen in Dunning verübten Leichenraub verhaftet. Ueders gesteht zu, daß er sich dem Henry Ulrich, dem früheren Nachtwächter des County-Armenhauses, dazu hat bewegen lassen, mit seinem Fuhrwerk bei dem Leichenraube zu helfen. Ulrich selber, der wegen seiner Verwicklung mit der Geschichte aus dem Countydienst entlassen worden ist, soll ebenfalls verhaftet werden, war aber gestern und heute nirgends zu finden. Als Ueders am Samstag in einer Wirthschaft an der Ecke von Elston Road und Montrose Boulevard, festgenommen wurde, befand sich Ulrich in seiner Wirthschaft. Postei-Sergeant DeRoach, welcher die Verhaftung vornahm, hätte Ulrich gern mitgenommen, hatte aber keinen Verhaftsbefehl für diesen und mußte ihn deshalb laufen lassen.

Gestern hat Ueders erzählt, daß Ulrich am Sonntag, den 30. Oktober, zu ihm gekommen sei und ihn durch Zahlung von \$20 zur Stellung eines Fuhrwerks bewegen habe. Er hätte erst aus der Stadt vier große Koffen holen müssen. Am Abend sei dann Ulrich mit zwei Herren zu ihm gekommen, und sie alle zusammen seien dann nach der Morgue gefahren, deren Thür Ulrich mittels einer Brechhange öffnete. Aus den dreizehn Leichen, welche sich in der Morgue befanden, hätten die Fremden, offenbar Verste, vier herausgeholt, die ihnen aufgaben, und diese vier hätten er, Ueders, und Ulrich in die Koffer packen müssen. Man sei dann nach seinem Hause zurückgekehrt.

Am nächsten Morgen habe er die Koffer mit den Leichen nach dem Bahnhof an der Post Straße gefahren. Was dann weiter aus den Leichen geworden sei, das wisse er nicht. Ulrich habe von den beiden Fremden \$200 für die Leichen erhalten.

Chef Calleran von der Geheimpolizei hofft zwar, daß es ihm gelingen werde, binnen Kurzem auch Ulrich und dessen Auftraggeber einzufangen.

Ueders hat sich heute erboten, der Polizei noch weitere Mittheilungen zu machen und Fingerzeige zu geben, die er bisher vorenthalten. Die vier aus der Morgue des Armenhauses geraubten Leichen waren die von Annie C. Johnson, John Sampal, Frank Gray und Dominic Maras. Die Herren von der Geheimpolizei sind nicht wenig erobert darüber, daß ein einfacher Bauersmann wie Ueders es vermocht hat, sie so lange im Dunkel kappen zu lassen. Ueber seine Mitwirkung bei dem Leichenraube ist dem County-Präsidenten Healy von einem „guten Freunde“ des Ueders berichtet worden, welcher die auf Entdeckung der Schuldigen ausgelegte Belohnung von \$200 verdienen wollte.

Luertger in eigener Sache.

Er wird diesmal selbst den Zeugenstand betreten.

Nach einer längeren Konferenz zwischen dem Anwalt Harmon und seinem Klienten Luertger, ist Letzterem die Versicherung gegeben worden, daß die Vertheidigung nichts dagegen habe, wenn er diesmal den Zeugenstand betreten wolle, um in eigener Sache auszusagen. Ja, es besteht sogar die Aussicht, ihn als ersten Entlastungszeugen gegen die Argumente des Staates aufzuführen. Der Angeklagte ist hoch erfreut über diese Wendung der Dinge. Er hofft mit Bestimmtheit, seine Schuldschuldigkeit darlegen zu können, oder doch wenigstens in der Brust der Jurymitglieder den „berechtigten Zweifel“ zu erwecken, der ihn unter allem Umständen die Freiheit verschaffen muß.

Als heute Vormittag die Wahl der Jury wieder aufgenommen wurde, befanden sich außer den bereits vereidigten Nicht-Gesamten noch 3 Kandidaten auf der Geschworenenbank, die wahrscheinlich im Laufe des Tages von beiden Seiten angenommen werden. Es sind dies der Buchdrucker C. W. Wagner von Nr. 831 Montana Straße, der Buchhalter Elmer W. Peters, von Nr. 676 W. Adams Straße, und der Möbelschreiner Chas. W. Wilkes, von Nr. 228 S. Center Ave. Man erwartet mit Bestimmtheit, die Jury heute noch vollständig zu bekommen.

Dietrich Bidnese und der kleine Louis Luertger werden nach der Eröffnungsanfrage des Hilfs-Staats-anwaltes McEwen als erste Belastungszeugen von der Anklage vorgeführt werden.

Ein Schaden von \$7000 wurde heute Morgen durch einen Brand in dem Fabrikgebäude No. 145 Ontario Straße verursacht. * Bundesrichter Großcup hat heute den Antrag des Charles Austin Bates auf Entennung eines Massenvermalers für die General Electric Railway Co. abgelehnt, aber angeordnet, daß die genannte Gesellschaft ihm oder einem seiner Kanzleivorsteher ihre sämtlichen Geschäftsbücher zur Prüfung vorlegen soll.

